Prof. Dr. techn. Dieter W. Fellner

Die Vorstandsperspektive

Der erweiterte Vorstand der GI zeichnet regelmäßig im Informatik-Spektrum für eine Kolumne verantwortlich, in der aktuelle Themen der Informatik zur Diskussion gestellt werden. Die Texte eröffnen Perspektiven auf aktuelle Fragen, die Informatiker und Informatikerinnen betreffen. Im vorliegenden Heft betrachtet Prof. Fellner, Mitglied des erweiterten Vorstands der GI, Open Access im Kontext des wissenschaftlichen Publizierens:

Informatik und Open Access – von der idealistischen Sicht zum umsetzbaren „Goldenen Weg“

Open Access im Kontext des wissenschaftlichen Publizierens steht unter Berücksichtigung anderer drängender Probleme in der Wissenschaftslandschaft selten im Rampenlicht – und auch dann nur für sehr kurze Zeit. Das mag daran liegen, dass die prinzipielle Idee hinter Open Access durchaus bestechend ist und man somit dazu neigt, ohne große Überlegungen dem Ansatz zuzustimmen, speziell, wenn man den Gesamtprozess einer Publikation von der Idee des Artikels über die noch dafür zu leistende Forschungsarbeit und die zahlreichen Entwicklungen und Tests im Labor bis zum Aufschreiben der Ergebnisse bzw. Erkenntnisse selbst betrachtet. Und dieser Aufwand alleine – umgerechnet von den Personenstunden der beteiligten Forscherinnen und Forscher in Euro – ist schon äußerst beeindruckend, gibt aber die Kosten einer Publikation noch nicht korrekt wieder. Denn die Kosten für den Begutachtungsprozess und einer eventuellen Revision der Arbeit sind darin noch nicht enthalten.

Ohne in die Details dieser Kostenanalyse einzusteigen, darf ich einfach die Arbeit von John Houghton (*information research*, VOL. 16 NO. 1, MARCH, 2011) zitieren und den Betrag von 7500 Pfund für die weitere Betrachtung in den Raum stellen. Wenn also die Forschungsorganisation der betreffenden Autorin bereit ist, diesen Betrag für eine Publikation auszugeben, dann kann man sicher dieser Organisation auch noch einige hundert Euro mehr abverlangen und somit den gesamten Produktionsprozess durch den Autor (bzw. dessen Organisation) bezahlen – also die Schritte nach der Entscheidung eines Herausgebers/Herausgeberrates und typischerweise durchgeführt von einem etablierten (kommerziellen) Verlag. Dieser Ansatz wird auch „Open Access/Author pays“ bezeichnet.

Von den Unterstützern dieses Ansatzes wird natürlich auch korrekterweise angeführt, dass die somit frei zugänglichen Publikationen (alle Kosten der Publikation wurden ja schon beglichen und Subskriptionsmodelle sind damit nicht mehr nötig) zu einer Demokratisierung des Informationszugriffs führen und zum Beispiel unmittelbar den Forschergemeinden in weniger entwickelten Ländern zugutekommen.

Wer sollte also an solch einem Ansatz etwas auszusetzen haben? Nun ja, im Prinzip niemand. Sobald man sich aber die Umsetzung des Goldenen Weges vom aktuellen Zustand der Wissenschaftsgemeinde in Deutschland, Österreich oder der Schweiz im Detail ansieht – wo typischerweise für den Zugriff zu Information bezahlt wird – taucht ein unbeantwortetes Problem auf (auf das die GI schon in ihrer Presseerklärung „GI fordert Sicherstellung des uneingeschränkten Publizierens in der Wissenschaft trotz Open Access“ Ende 2009 hingewiesen hat). Konkret muss die Frage geklärt werden, von wem die Mitarbeiter einer Universität das Geld bekommen sollen, um als Autoren für die Publikation der Forschungsarbeit zu bezahlen. Diese Frage wurde aber nie im Detail untersucht und man gab sich

mit der Überlegung zufrieden, dass die entsprechenden Mittel durch den Wegfall des Literatureinkaufs verfügbar würden. Die etwas genauere Analyse dieses Ansatzes zeigt aber folgende Probleme auf:

1. In der Übergangsphase vom momentanen Zustand zu „Author pays“ müssen die Bibliotheken noch für den Literatureinkauf bezahlen und es werden somit keine Mittel für die Autoren frei. Mit wenigen Ausnahmen dürfte den Ministerien noch nicht einmal das Problem bewusst sein – von ersten Lösungsansätzen für die benötigte Finanzierung ganz zu schweigen.
2. Auch nach der Übergangsphase bestehen (berechtigte) Zweifel, ob in den Bibliotheken Mittel in ausreichender Höhe frei werden, um den Autoren die benötigten Summen zur Verfügung zu stellen.
3. Verschärft wird die Situation noch durch die Randbedingungen der real vorliegenden Unterfinanzierung der Hochschulen: so ist nicht gesichert, dass auch wirklich alle frei werdenden Mittel bei den Forscherinnen in den Instituten ankommen.
4. Ebenso ungeklärt ist der Mechanismus, mit dem die Kostensteigerungen für die Autoren in einen Anstieg der Mittelzuweisungen an diese umgesetzt wird. Bisher haben die Bibliotheken als Verbund mit den Ministerien in den Ländern verhandelt – welcher Verbund kann die Interessen aller Forscher vertreten?

Die Folgerung aus dieser Analyse: die Umstellung auf Open Access ohne ergänzende Finanzierung oder begleitende Maßnahmen wird der Forschergemeinde zwar den kostenfreien Zugriff auf Materialien in Digitalen Bibliotheken erlauben, die Forscherinnen werden sich Publikationen aber nur mehr in eingeschränktem Umfang leisten können – und dies im wahrsten Sinne des Wortes.

Eine erste begleitende Maßnahme wurde Ende 2009 von der DFG beschlossen und erlaubt den Hochschulen, die zu erwartenden Kosten für Open Access Publikationen als Pauschalsumme bei der DFG zu beantragen. Da dem Antrag aber eine nachvollziehbare Berechnung der Summe beizulegen ist, sind die Anträge weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Aber das ist auch leicht zu verstehen, denn solange der neue Prozess nicht etabliert ist, gibt es auch keine belastbaren Zahlen zu Open Access Publikationen. Und ohne diese Zahlen, kann man keine Anträge stellen. Ohne diese Mittel wird sich aber eine Forschergruppe solche Publikationen wiederum nicht leisten können ...

Noch gar nicht erwähnt ist die Diskussion zwischen der Wissenschaftsgemeinde und den Verlagen über die Gebühren, die für den letzten Schritt bei Open Access/Author Pays anfallen dürfen. Vorsichtig formuliert kann man die Verlagspositionen zu Beginn dieser Diskussionen als „vorsichtig zurückhaltend, aber auf der sicheren Seite“ bezeichnen. Und eine Annäherung ist noch nicht in Sicht.

Nun soll aber diese Kolumne nicht nur einen Sachstandsbericht durch die Brille des Autors liefern, sondern auch einen Diskussions- oder Denkanstoß. Den will ich gerne in Form von 2 Vorschlägen anbieten:

1. Einführung von Nationallizenzen für Open Access/Author Pays. Im Rahmen dieser Lizenzen erhält ein Verlag/ein Verlagskonsortium pro Journal bzw. pro Satz von Journals eine Pauschalvergütung, die folgende Leistungen abdeckt:
 - (i) Alle Publikationen mit mindestens einem Autor, der zum Zeitpunkt der Publikation (typischerweise das sog. acceptance date) bei einer Forschungseinrichtung des Vertragslandes offiziell akkreditiert ist, werden für die Autoren kostenfrei publiziert und sind weltweit unter Open Access Regeln zugreifbar.
 - (ii) Im Vertragsland ist der Inhalt des gesamten Journals (Journal-Pakets) — also auch die Publikationen, die im Ausland noch nicht unter Open-Access-Regeln erzeugt wurden – unter Open-Access-Bedingungen zugreifbar.

Der Vorteil dieses Ansatzes besteht einmal darin, dass die Autoren nicht mit den Kosten von Open Access alleine gelassen werden und hat den positiven Nebeneffekt, dass die Papers der Autoren aus dem Vertragsland auf dem internationalen Markt frei zugreifbar sind (in der Übergangszeit zu weltweitem Open Access ein durchaus beachtenswerter Wettbewerbsvorteil).

2. Die Finanzverhandlungen zwischen den Nehmern von Nationallizenzen und den Verlagen basieren auf ähnlichen Ansätzen, die z. B. die Automobilindustrie für die Zulieferketten (und diese wiederum für deren Zulieferer) verwen-

det. Auch in diesen Wirtschaftsbeziehungen billigt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Gewinnmarge zu – allerdings eine, die den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst ist. Und um diese Verhandlungen erfolgreich führen zu können, ist als vertrauensbildende Maßnahme die (partielle) Öffnung der Wirtschaftsbücher für den Auftraggeber unerlässlich. Das ist bisher meines Wissens noch nie der Fall gewesen.

Aber eine Diskussion darüber ist doch eigentlich nur ein Resultat der Tatsache, dass die Informationsgesellschaft sich auch bezüglich der geltenden Marktgesetze in allen Facetten den restlichen Märkten anpasst.

Prof. Dr. techn. Dieter W. Fellner
Mitglied des erweiterten Vorstands der GI
Fraunhofer IGD / TU Darmstadt
d.fellner@igd.fraunhofer.de